

100. Session des Freiämter Schattenkabinetts

Zu Besuch im Zentrum der Macht

Ein aussergewöhnliches Jubiläum konnte das Freiämter Schattenkabinett feiern. Herbert Strebel, der neue Präsident, hat nach Bern zur 100. Sitzung eingeladen.

Das Freiämter Schattenkabinett (FSK) ist eine Vereinigung ehemaliger Grossräte und Grossrätinnen aus der Mitte, vormals CVP, der Bezirke Bremgarten und Muri. Sie treffen sich seit 50 Jahren regelmässig zweimal im Jahr zu einem geselligen Stelldichein mit einem feinen Mittagessen. Dies immer abwechselnd in einer anderen Gemeinde der beiden Bezirke. Die Session ist ein ganztägiger Anlass und beinhaltet jeweils eine weiterbildende Komponente mit einer Besichtigung eines Betriebes oder einem Vortrag zu einem aktuellen Thema. Ebenfalls werden wir immer von den Bezirkspräsidenten über die aktuellen politischen Geschehen aus dem Grossen Rat orientiert.

Zu diesem Jubiläumsanlass suchte der Vorstand einen besonderen Tagungsort. Mit Hilfe von alt Nationalrat Markus Zemp (Freiämter und ebenfalls Mitglied vom FSK) und von Frau Ständerätin Marianne Binder durften wir das Bundeshaus besichtigen und an der Sitzung des

Ständerates teilnehmen. Anschliessend genossen wir im Bundeshaus ein feines Mittagessen in der Galerie des Alpes. Im Fraktionszimmer der Mitte wurden wir von Frau Ständerätin Marianne Binder, Frau Nationalrätin Maja Bally und Herrn Nationalrat Andreas Meier begrüsst und durften anschliessend unsere ordentliche Frühjahrssession abhalten.

An diesem ehrwürdigen Anlass nahmen gut 30 Personen teil. Der älteste Teilnehmer war mit 99 Jahren Richard Widmer aus Bremgarten. Er war Grossrat

von 1973–1978. Dies zeigt eindrücklich, wie gut und langlebig man als Mitglied des FSK unterwegs sein kann. Mit guten Erinnerungen und mit der Gewissheit, dass unsere Demokratie funktioniert, sind wir weiterhin motiviert, unsere aktive Generation zu unterstützen.

Vielen Dank dem Vorstand und den Organisatoren für diesen unvergesslichen Ausflug ins Zentrum der Demokratie.

Ruedi Donat, Präsident 2024/25
Freiämter Schattenkabinett



JETZT!

Unterschreiben Sie die Geld-zurück-Initiative für Steuerrückvergütung

<https://geld-zurueck-initiative.ch>



Der Schwingsport und die Politik

Als ehemaliger Schwinger und langjähriger Funktionär im Schwingsport kenne ich den urschweizerischen Zweikampf sehr gut. Auch wenn es für Aussenstehende manchmal nicht so scheint, so herrscht im Schwingsport eine ungemeine Ernsthaftigkeit. Der Kampf um Ruhm und Ehre ist für alle Schwinger wichtiger als Werbeverträge und Publicity. Und trotzdem beschränkt sich der Ernst der Sache auf den tatsächlichen Kampf im Sägemehlkreis. Also auf den Zeitraum zwischen dem Handreichen und dem Abwischen des gegnerischen Rückens. Unmittelbar danach ist das Gegenüber nicht mehr Gegner, sondern Teil der Schwingerfamilie, ein Freund, ein Kumpel. Man gönnt sich den Erfolg und erfreut sich über gute schwin-

gerische Arbeit. In den Verbandskommissionen steht immer der Schwingsport im Vordergrund, Partikularinteressen finden in den Diskussionen keinen Platz.

Neben meiner Arbeit im Schwingsport sitze ich, bereits in der zweiten Legislatur, in der Exekutive in meiner Heimatgemeinde. Hier sehe ich Parallelen: Die Debatten werden zwar hart geführt, doch im Zentrum stehen die Bedürfnisse der Dorfbevölkerung und die Nachhaltigkeit der Beschlüsse. Nach den Debatten geht der Gesamtgemeinderat in die Schöneck zum gemeinsamen «Znacht», wo meist über alles andere als politische Themen gesprochen wird. Der «Kampf» ist vorbei, man reicht sich die Hand.

In den Parlamenten scheint es mir oft ganz anders. Ideen und Vorstösse gelten nur als gut, wenn sie aus den richtigen Reihen kommen. Parteipolitische Manöver und unheilige Allianzen prägen das Bild. Wahlkampf beschränkt sich nicht mehr nur auf die Wahlen. Insbesondere die Polparteien verhindern so eine positive Entwicklung.

Das macht mir Sorgen. Ich wünsche mir mehr schwingerischen Konsens. Die Sache und der Mensch müssen wieder in den Vordergrund rücken. Es braucht wieder mehr Mitte-Politik!

Roman Wyler,
Präsident Die Mitte Bezirk Baden

Volksinitiative «Keine 10-Millionen-Schweiz! (Nachhaltigkeitsinitiative)»

Die Nachhaltigkeitsinitiative liefert keine Lösungen!

Die SVP-Volksinitiative «Keine 10 Millionen-Schweiz» meint, was sie betitelt. Überschreitet die ständige Wohnbevölkerung der Schweiz bis 2050 die Zahl von zehn Millionen, ist die Personenfreizügigkeit innerhalb von zwei Jahren zu kündigen. Damit wäre der bilaterale Weg mit der EU am Ende. Das gesamte Paket der Bilateralen I fällt weg (Luft, Land, Forschung, Landwirtschaft). Zusätzlich gerät Schengen/Dublin unter Druck. Letzteres bedeutet: erschwelter Reiseverkehr, erschwerte internationale Justiz- und Polizeizusammenarbeit im Kampf gegen Kriminalität und auch keine Zusammenarbeit mehr im

Asylwesen, welche im Dubliner-Assoziierungsabkommen garantiert, dass Asylsuchende nur einem Staat ein Gesuch stellen können.

Die SVP nennt ihre Kündigungsinitiative zusätzlich auch Nachhaltigkeitsinitiative und bleibt die Frage schuldig, was an einem schrumpfenden Wirtschafts- und Innovationsstandort Schweiz, einer Wohlstandseinbusse und einem Chaos im Polizei- und Asylwesen nachhaltig sein soll. Was daran nachhaltig sein soll, wenn wir den kommenden Generationen heute mit einer fixen Klausel vorschreiben, wie sie ihre Beziehungen zu Europa 2050 zu gestalten haben. Was daran nachhaltig sein soll, wenn wir die Verhandlungen mit unserem wichtigsten Wirtschaftspartner und den Zugang zum europäischen Binnenmarkt aufs Spiel setzen. Der bilaterale Weg ist ein Königsweg, sogar die vielgeschmähte Arbeitsmigration. Denn ohne diese fehlen der älter werdenden Schweiz die Fachkräfte – in Spitälern, auf Baustellen, in Betrieben und zur Finanzierung unserer Sozialversicherungen.

Verträge sind immer ein Geben und ein Nehmen. Selbstverständlich birgt die Arbeitsmigration auch Herausforderun-

gen, wie eine zunehmend belastete Infrastruktur, der Verlust an Naturflächen, verteuerter Wohnraum, im Speziellen in den Zentren. Die Schweiz hat es da aber in der Hand, die Zuwanderung eigenständig zu steuern. Beispielsweise mit einer besseren Integration des inländischen Fachkräftepotenzials in den Arbeitsmarkt, ältere Menschen etwa durch längeres Verbleiben im Erwerbsleben, Eltern mit Kindern durch günstigere Kitas. Beispielsweise mit einer besseren Nutzung des Wohnraumes durch verdichtetes Bauen oder dem Abbau der Bürokratie im Bauwesen. Beispielsweise durch intelligente Mobilitätssysteme auf Schiene und Strasse. Beispielsweise durch bessere Arbeitszeitmodelle.

Deshalb Ja zu tragfähigen Lösungen und eigenständiger Steuerung der ständigen Wohnbevölkerung und Nein zu Isolation und Wohlstandsverlust durch die gefährliche Kündigungsinitiative.

Der Parteitag Die Mitte Aargau empfiehlt mit einer Gegenstimme bei fünf Enthaltungen die Nein-Parole für die Volksinitiative «Keine 10-Millionen-Schweiz! (Nachhaltigkeitsinitiative)».

Marianne Binder, Ständerätin



Zivildienstgesetz: Zwischen Gewissensfreiheit und Sicherheitspolitik

Die Revision des Zivildienstgesetzes steht exemplarisch für eine grundlegende sicherheitspolitische Debatte in der Schweiz: Wie lässt sich die Militärdienstpflicht unter veränderten gesellschaftlichen und geopolitischen Bedingungen aufrechterhalten? Ausgangspunkt bildete die Botschaft des Bundesrates vom Februar 2025, die auf anhaltend hohe Zulassungszahlen zum Zivildienst reagierte. Insbesondere der Wechsel von bereits ausgebildeten Armeeangehörigen wurde als problematisch beurteilt.

Das Parlament folgte dieser Einschätzung. Sowohl National- als auch Ständerat sprachen sich im Sommer und Herbst 2025 klar für eine Verschärfung der Zulassungsbedingungen aus. Im Zentrum stehen sechs Massnahmen, darunter eine Mindestdauer von 150 Zivildiensttagen nach der Rekrutenschule, eine jährliche Einsatzpflicht sowie Einschränkungen für bestimmte Spezialfunktionen. Ziel ist es, den Zivildienst wieder stärker als Ausnahme für Personen mit echten Gewissenskonflikten zu positionieren.

Kritik kam vor allem aus linken Parteien und zivilgesellschaftlichen Organisationen. Sie sehen in der Revision eine unnötige Einschränkung eines bewährten Systems und warnen vor einem abschreckenden Effekt, der junge Menschen ganz aus der Dienstpflicht drängen könnte. Zudem wird die Bedeutung des Zivildienstes für soziale, ökologische und gesundheitliche Bereiche betont.

Demgegenüber argumentieren bürgerliche Kräfte, dass die sicherheitspolitische Lage in Europa eine ausreichende personelle Ausstattung der Armee erfordere. Die aktuelle Praxis ermögliche zu häufig einen Wechsel aus pragmatischen statt aus Gewissensgründen. Die Revision schaffe hier klarere Rahmenbedingungen und trage dazu bei, die verfassungsmässige Ordnung zu stärken.

Mit dem ergriffenen Referendum liegt die Entscheidung nun beim Stimmvolk. Die Abstimmung wird nicht nur über konkrete gesetzliche Anpassungen befinden, sondern auch darüber, wie die



Schweiz das Verhältnis zwischen individueller Gewissensfreiheit und kollektiver Sicherheit künftig gewichten will.

Der Parteitag Die Mitte Aargau empfiehlt mit 56 Ja zu 9 Nein bei 9 Enthaltungen die Ja-Parole zur Änderung des Bundesgesetzes über den zivilen Ersatzdienst (Zivildienstgesetz, ZDG).

Andreas Meier, Nationalrat

Geld-zurück-Initiative

Unmittelbar, schnell und unbürokratisch

«Kanton Aargau schreibt auch 2025 schwarze Zahlen», so der Titel der Medienmitteilung der Regierung vom 1. April. Die Schulden sind abbezahlt und die Ausgleichsreserve, das «Not-



fallkässeli», gut gefüllt. Wohin mit dem Überschuss von 345 Millionen Franken?

Natürlich ist es – angesichts anstehender Investitionen und konjunktureller Unsicherheiten – nicht «verkehrt», die Reserven weiter zu öffnen. Stabile kantonale Finanzen helfen den Unternehmen und der Bevölkerung. Aber auch diese sind tagtäglich mit finanziellen Mehrbelastungen, Unsicherheiten und dringenden Investitionen konfrontiert. Die Steuerzahlenden, ohne die der Erfolg des Kantons nicht möglich wäre, sollen beteiligt und entlastet werden; unmittelbar, schnell und unbürokratisch.

Mit unserer Geld-zurück-Initiative (Steuerrückvergütung) wäre das in Zukunft möglich. Wenn der Kanton mehr Geld einnimmt als erwartet – so wie jetzt –

könnte der Grosse Rat jeweils im nächsten Sommer entscheiden, einen Teil davon an die Bevölkerung und die Unternehmen zurückzugeben. So könnte z.B. die Hälfte des aktuellen Überschusses zurückgezahlt werden. Das würde bedeuten, dass Steuerzahlende bei der nächsten Rechnung rund 7 % weniger Steuern bezahlen müssten, also einen Rabatt bekommen, wie das z.B. auch die Gebäudeversicherung oder die SUVA schon längstens machen. Auch der Kanton Zug liebäugelt bereits mit dieser Idee. Wir haben die Chance, als Kanton Aargau für unsere Steuerkundinnen und Steuerkunden (Unternehmen und Privatpersonen) von Beginn weg die Nase vorne zu haben.

Karin Koch Wick, Co-Präsidentin Die Mitte Aargau

VERAS: Schlüsselprojekt für Verkehr und Entwicklung im Raum Suhr

Mit dem Projekt VERAS (Verkehrsinfrastruktur-Entwicklung Raum Suhr) reagiert der Kanton Aargau auf die seit Jahren angespannte Verkehrssituation in der Region Suhr, Oberentfelden und Gränichen. Hohe Verkehrsbelastungen, überlastete Ortszentren sowie eingeschränkte Erreichbarkeit prägen die Ausgangslage und führen zunehmend zu Herausforderungen für Bevölkerung und Wirtschaft.

Das Projekt verfolgt einen umfassenden Ansatz: Neben neuen Strassenverbindungen sind Anpassungen am bestehenden Verkehrsnetz sowie begleitende Massnahmen für den öffentlichen Verkehr, den Fuss- und Veloverkehr vorgesehen. Ergänzt werden diese durch Aufwertungen im Siedlungs- und Freiraum. Ziel ist es, die Verkehrsflüsse zu verbessern, die Ortszentren zu entlasten und die regionale Anbindung nachhaltig zu stärken.



Befürworter sehen in VERAS ein zentrales Infrastrukturprojekt für die Region. Sie betonen insbesondere die erwartete Entlastung der bestehenden Verkehrsachsen, die bessere Anbindung an das übergeordnete Strassennetz sowie die Möglichkeit, verschiedene Verkehrsträger im Rahmen eines Gesamtkonzepts aufeinander abzustimmen. Damit könne ein Beitrag zur langfristigen Standortattraktivität und zur Sicherung der wirtschaftlichen Entwicklung geleistet werden.

Kritische Stimmen verweisen demgegenüber auf die hohen Investitionskosten von rund 384 Millionen Franken sowie auf die mit dem Projekt verbundenen Eingriffe in Landschaft, Umwelt und Kulturland. Zudem wird die Frage gestellt, inwiefern zusätzliche Strassenkapazitäten langfristig tatsächlich zu einer nachhaltigen Entlastung führen oder ob dadurch neue Verkehrsströme entstehen könnten.

Vor diesem Hintergrund zeigt sich, dass VERAS ein komplexes und vielschichtiges Vorhaben darstellt. Es berührt zentrale Interessen in den Bereichen Mobilität, Siedlungsentwicklung, Umwelt und Wirtschaft. Die Mehrheit des Grossen Rates sieht VERAS als Schlüsselprojekt für den Verkehr und die Entwicklung im Raum Suhr an und hat das Projekt trotz der hohen Kosten gutgeheissen. Von einer Minderheit wurde das Behördenreferendum ergriffen, weshalb nun die Aargauer Stimmbewölkerung abschliessend über die Umsetzung dieses rich-

«Suhr ist ein verkehrstechnisches Nadelöhr. Ob von Aarau ins Wynental, auf der Hauptachse Bern-Zürich oder zu den Autobahnzubringern Aarau Ost und West: In Suhr treffen sich täglich die Verkehrsströme – und damit auch der Stau.

Ein wesentlicher Grund dafür ist der Bahnverkehr. Pro Stunde durchqueren mindestens zwölf Züge das Dorf. Dadurch sind die Bahnschranken rund 20 Minuten pro Stunde geschlossen – mit entsprechenden Rückstaus auf den Strassen.

Das Projekt VERAS bietet die Chance, diesen gordischen Knoten zu lösen – für den öffentlichen Verkehr, den Langsamverkehr und den motorisierten Individualverkehr gleichermassen.»

Andre Rotzetter, Grossrat,
Buchs

tungsweisenden Infrastrukturprojekts entscheiden wird.

Der Parteitag Die Mitte Aargau empfiehlt einstimmig bei einer Enthaltung die Ja-Parole zum Verpflichtungskredit Verkehrsinfrastruktur-Entwicklung Raum Suhr (VERAS).

Philipp Laube, Grossrat

Parolenspiegel

Eidgenössische Vorlagen

Nachhaltigkeitsinitiative	NEIN
Zivildienstgesetz	JA

Kantonale Vorlagen

VERAS	JA
Bildungsqualität sichern – JETZT!	NEIN

Gratulationen

Die Mitte gratuliert herzlich

Die Mitte Aargau freut sich, mit Gianluca Blasucci neu den Präsidenten des Aargauer Jugendparlaments zu stellen. Die Fraktion hatte sich für eine «Wiederbelebung» des Jugendparlaments starkgemacht. Dieses bietet engagierten Jungen über Parteigrenzen hinaus die Chance, ihre Anliegen sichtbar zu machen, Erfahrungen zu sammeln und aktiv in die Politik einzusteigen. Weiter freut sich die Mitte Aargau sehr,

mit Ständerätin Marianne Binder in der Mitte Schweiz weiterhin eine starke Vertretung zu haben. Marianne war bereits Mitglied des Präsidiums und wurde an der nationalen Delegiertenversammlung vom 28. März neu zur Vizepräsidentin der Mitte Schweiz gewählt.

Wir gratulieren Gianluca und Marianne ganz herzlich und wünschen ihnen viel Erfolg.

Bildungsqualität gehört in die Verfassung

Mit der Volksinitiative «Bildungsqualität sichern – JETZT!» wird verlangt, dass die Bildungsqualität ausdrücklich als Auftrag an die Politik und als Ziel in der Kantonsverfassung verankert wird.

Die zentralen Anliegen der Initiative – nämlich die Sicherstellung einer hohen Unterrichtsqualität, die Verfügbarkeit von genügend qualifiziertem Fachpersonal wie auch die administrative Entlastung der Schulen sollten unbestritten sein. Sie betreffen zentrale Voraussetzungen für eine leistungsfähige und chancengerechte Volksschule.

Die Qualität des Unterrichts ist das Fundament unseres Bildungssystems. Sie entscheidet darüber, ob Kinder und Jugendliche Kompetenzen erwerben, die sie für ein selbstbestimmtes Leben und eine erfolgreiche berufliche Zukunft benötigen. Das stärkt unsere Demokratie, unsere Wirtschaft und unsere Gesellschaft. Gute Bildung entsteht nur, wenn qualifizierte Lehrpersonen und schulische Fachpersonen unter förderlichen Bedingungen arbeiten können – mit genügend Zeit für Unterricht, Förderung und Beziehungsgestaltung.

Die Initiative macht auf diese Herausforderungen aufmerksam und will die Bildungsqualität als übergeordnetes Prinzip in der Verfassung sichtbar machen. Dieses Anliegen verdient Anerkennung. Es stellt ein starkes politisches Signal dar – ein Bekenntnis des Kantons Aargau zu einem qualitativ hochstehenden Bildungswesen.

Wir sind überzeugt, dass der Kanton Aargau auf qualifiziertes schulisches Personal und funktionierende Bildungsinstitutionen angewiesen ist. Es ist unsere gemeinsame Verantwortung, Rahmenbedingungen zu schaffen, die den hohen Ansprüchen an die Bildungsqualität gerecht werden.

Der Regierungsrat weist darauf hin, dass diese Anliegen bereits auf Gesetzes- und Verordnungsstufe genügend verankert und mit verschiedenen Massnahmen in Umsetzung sind.

Aus unserer Sicht ist es wichtig, dass das Aargauer Stimmvolk am 14. Juni der Aargauer Politik diesen Qualitätsauftrag erteilt. Dann kann unser Bildungswesen auch künftig seine Rolle als zentrale



Klammer unserer Gesellschaft erfüllen. Weil dieser Auftrag langfristig und zentral ist, ist die Verfassungsstufe der richtige Ort. Bildungsqualität sichern – nicht irgendwann, sondern jetzt!

Der Parteitag Die Mitte Aargau empfiehlt mit 45 Nein zu 16 Ja bei 8 Enthaltungen die Nein-Parole für die Aargauische Volksinitiative «Bildungsqualität sichern – JETZT!».

Jürg Baur, Grossrat und Beat Gräub, Stv. Geschäftsführer Bildung Aargau

Die Mitte verteilt Geschenke

Die Mitte als Osterhasen unterwegs

Bereits zum sechsten Mal ist Die Mitte in den Regionen vor Ostern als Osterhase unterwegs. Die Beschenkten freuen sich über die orangen Ostereier. Eine tolle Aktion, welche von der Bevölkerung sehr geschätzt wird.



Termine – bitte reservieren!

Parteitage

Dienstag, 18. August 2026, 19.00 Uhr
Mittwoch, 21. Oktober 2026, 19.00 Uhr

Café Fédéral Argovia

Montag, 22. Juni 2026, 19.00 Uhr
Mittwoch, 28. Oktober 2026, 19.00 Uhr

Wirtschaftsgipfel

Mittwoch, 24. Juni 2026, 19.00 Uhr

Bilaterale III

Montag, 11. Mai 2026, 19.00 Uhr
Montag, 23. November 2026, 19.00 Uhr

Gönneranlass

Montag, 2. November 2026, 18.00 Uhr

Vereinigungen

Die Mitte 60+ Aargau:

Do, 28. Mai 2026, Besuch in Zurzach
Mi/Do, 26./27. August 2026, Jahrestreffen der Mitte 60+ Schweiz,
Raum Baden/Wettingen

Die Junge Mitte Aargau

Mi, 20. Mai 2026, Stammtisch
Fr, 5. Juni 2026, Generalversammlung inkl. Stammtisch

Die Christlichsozialen der Mitte Aargau:

Mo, 1. Juni 2026; Mo, 14. September 2026;
Mo, 30. November 2026; jeweils 18.00 Uhr:
sozialliberales Treffen im Bundeshaus

Die Mitte Frauen Aargau

Samstag, 6. Juni 2026, 14.00 Uhr, Besuch Sonderausstellung,
Museum Burghalde, Lenzburg

Weitere Termine: www.diemitteaargau.ch/veranstaltungen

Herausgeber

Die Mitte Aargau
Mitgliederzeitschrift

Erscheinungsweise
4–5× jährlich

Jahresabonnement
Fr. 45.–

Auflage
5300 Exemplare

Administration

Sekretariat Die Mitte Aargau
Laurenzenvorstadt 79
5000 Aarau
Tel. 056 222 97 97

E-Mail
info@diemitteaargau.ch

Gestaltung, Satz und Druck
Bürli AG, Döttingen

**Haben Sie eine neue Adresse?
Oder wollen Sie uns einen Beitrag
schicken?**

**Schreiben Sie uns auf
info@diemitteaargau.ch**